

nineaus, des Aufbaus zum Sozialismus zu stellen. Sie entwand die Presse den Feinden des Proletariats, damit sie die Reichen der Arbeiter nicht verwirren. Aus dem gleichen Grunde erlaubt die proletarische Diktatur den Feinden der Arbeiter nicht, in Versammlungen aufzutreten. Sie nutzt aber die breiteste Versammlungsfreiheit zur Heranziehung der Massen zum Aufbau des Sozialismus.

Mussolini verbietet die Versammlungen, um den Arbeitern keine Möglichkeit für die Vorbereitung des Befreiungskampfes zu geben. Mussolini verbietet die Koalitionsfreiheit, weil er keinen Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten duldet. In Russland besteht trotz der Prozentigen Sozialisierung der Industrie die Koalitionsfreiheit. Millionen sind zusammengeschlossen in den Gewerkschaften. Weit über den Rahmen der Partei hinaus.

Jedoch — wie sehen denn alle diese schönen Dinge: Koalitionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit — in der bürgerlichen Republik aus? Bestehen sie denn hier? Ist es nicht schon eine Lüge, von Pressefreiheit zu reden, wenn das revolutionäre Proletariat nur über 8 Prozent der Presse verfügt? Wo ist hier die demokratische Gleichheit? Sie ist an den Geldbeutel der Besitzenden gebunden. Mehr aber noch. Die revolutionäre Presse wird in ihrer Meinungsfreiheit gehemmt. Nicht nur das Preßgesetz, sondern auch die Hoch- und Landesvertragsparagrafen zwingen die Pressefreiheit ein. Ständig droht der Presse des revolutionären Proletariats das Verbot. Beispiele brauchen wir nicht erst anzuführen. Die ständigen Verurteilungen kommunistischer Redakteure und Schriftsteller sprechen eine herbe Sprache. Gilt nicht das gleiche, was von der Presse gilt, auch von den Versammlungen? Schmutz- und Schanderechte, Jugendidiotenrechte, Hochvertragsparagrafen beschließen in der Demokratie die Presse und Versammlungsfreiheit. Die Presse darf nur so viel schreiben, der Redner nur reden, als die Herrschaft des Kapitals nicht angetastet, die Arbeiterschaft nicht konkret zum Kampfe aufgefordert wird.

Und wie ist es mit dem Koalitionsrecht? Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgerichte den Streik der Arbeiter verbieten. Sollen wir dabei noch auf das Antistreitgesetz in England hinweisen? Die Freiheit in der „Demokratie“ ist eine Heuchelei. Es besteht nur Freiheit für die Besitzenden. Nur die proletarische Diktatur, die proletarische Demokratie schafft Freiheit für die Mehrheit, die Millionen der Werttätigen. „Die proletarische Demokratie ist tausendmal demokratischer als die bürgerliche Demokratie. Die Rätemacht ist tausendmal demokratischer, als die demokratische Republik“ (Lenin). Die proletarische Demokratie ist die Demokratie für die Armen. Jeder Werttätige, jeder Arbeiter sieht mit eigenen Augen, wie hier die Dinge liegen. Im demokratischen Deutschland, England, Frankreich hämmert ihm jeder Lohnkampf, jedes Klassenurteil erneut die Erkenntnis über die bürgerliche Demokratie ein. Selbst die gerissenen Mandrier der „linken“ Sozialdemokraten werden nicht vermögen, diese Erkenntnis aufzuhalten. Mit dem Wachsen dieser Erkenntnis werden die Arbeiter auch den Weg erkennen, der sie über diese bürgerliche Demokratie hinausführt, den Weg des revolutionären Klassenkampfes, den Weg der Kommunisten. Den Weg zur Diktatur des Proletariats, die die Feinde des Proletariats, ganz gleich, ob sie als Sozialrevolutionäre oder als Faschisten auftreten, niederhämmeret.

Um die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Faschismus und Bolschewismus zu unterstreichen, schreibt die Volkszeitung:

„Der Faschismus ist ein Kind des Bolschewismus, wenn auch ein ungewolltes. Erst die bolschewistische Agitation, die den Glauben an die Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse unterwühlte, und die besonders in Italien unter der von einigen doktrinären Schreiberrevolutionären radikalisierten Arbeiterschaft Anklang fand, hat die Voraussetzungen für die Herrschaft Mussolinis geschaffen.“

Diese Melodie von den Kindern des Bolschewismus haben wir schon oft gehört. Wir hörten sie im Jahre 1918, als Kosse die revolutionären Arbeiter niederschlagen ließ. Wir hörten sie, als der deutsche Faschismus sich anschickte, über die Arbeiter heranzufallen. Wir hörten die Melodie 1923, als die Reichswehr in Sachsen einrückte. Immer schrie das Bürgertum: Gegen den Bolschewismus! immer ehote die SPD: „Hätten die Kommunisten nicht zu pulsen versucht, die Reaktion wäre in diesem Maße nicht vorgegangen!“ Was bedeutet das Getöse der alten Raben von der Volkszeitung praktisch? Die Kommunisten führten die revolutionären Arbeiter. Diese Arbeiter wollten und kämpften für die Beseitigung des Kapitalismus. Das bolschewistische System hat den Kapitalismus in Russland beseitigt. Der Faschismus ist die brutale Schutzwehr des Kapitalismus gegen die aufsteigende Arbeiterklasse. Mit Verlaub: dieser Faschismus entsteht, weil die kapitalistische Gesellschaft den durch den Zerfall ihrer ökonomischen Basis entstehenden Ansturm der Arbeitermassen mit den alten Mitteln nicht mehr aufzuhalten vermag. Das ist an sich richtig. Aber die Zusammenbruchsepoche des Kapitalismus verhängt über die Arbeiter unerhörte Leiden. Die Arbeiter erheben sich und rütteln an den Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft. Sie mobilisiert ihre Prätorianergarden, vielfach mit Hilfe der SPD. Wenn nun die SPD erklärt: wenn die Kommunisten ihre Methode sein ließen, dann entstehe auch nicht der Faschismus, dann bedeutet dies: die Arbeiter sollen ihren Kampf um die Macht einstellen. Die Arbeiter sollen freiwillig darauf verzichten, aus dem untergehenden Kapitalismus die Herrschaft des Proletariats zu erstellen. Sie sollen freiwillig auf jeden Versuch verzichten, die Kapitalisten zu kürzen. Kurz, sie sollen die Kapitalisten nicht beunruhigen, dann brauchen diese den Faschismus nicht. Mag sein, aber mit Verlaub: heißt das nicht, den Arbeitern ewige Knechtschaft empfehlen, heißt das nicht, Verrat an der Arbeiterschaft begehen? Nun, sie werden uns gegenüber den Weg der Demokratie betonen, aber wir verweisen auf einen Artikel, den vor einiger Zeit Bösel schrieb, und in dem er erklärte: wenn das Proletariat bei den nächsten Wahlen die Mehrheit erhalte und ruhen wolle, dann werde das Bürgertum in den Faschismus flüchten. Dann wäre sogar die Sozialdemokratische Partei der Vater eines Faschismus. Jedoch, die Erkenntnis, die Bösel einmal vorübergehend dämmerte, daß das Bürgertum den Faschismus immer einsetzt, wenn es sich bedroht fühlt, wird auf der Seite der SPD ohne praktische Folgerungen bleiben. Demals verkündete man die Linie des linken austromarxistischen Flügel, Gewalt eventuell zur Abwehr. Aber das ist inzwischen auch anders geworden. Der Parteitag der Oesterreicher nahm einstimmig die Stellung ein, daß der Junikampf des österreichischen Proletariats gegen die Klassenjustiz eine „Dummheit“ gewesen, weil dadurch nur die Reaktion zum Vorgehen gezwungen wurde. Die Austromarxisten verlangen von den Arbeitern: laßt die Proletariatsmörder freisprechen, duldet die Klassenjustiz, sonst reizt ihr den Faschismus. Deswegen empfiehlt man den Arbeitern, auf Demonstrationen zu verzichten, weil man sonst Seipel reizen würde. Das heißt also: duldet die Diktatur des Kapitals, duldet die Klassenjustiz, duldet den Arbeitermord und die Freisprechung der Mörder, duldet Ausbeutung, Hunger und Not, damit der Faschismus nicht aktiv werde. Duldet alles, um die verlogene bürgerliche Demokratie zu erhalten; zwingt sie nicht zur Demaskierung, denn dann müßten sich auch die sozialdemokratischen Repräsentanten dieser verlogenen Demokra-

## Die Elektriker Gahfens im Streik

Bereits Anfang voriger Woche traten die Elektromonteur unruhig in Chemnitz, später in Leipzig in einen Streik zweeks Durchsetzung einer Reihe gemeinsamer Forderungen für den Mantelarbeit. Die Hauptforderungen sind: Abschaffung der noch Jahresfrist eingeführten Akkordarbeit und Verringerung und Zusammenlegung von vier Lohnstufen auf zwei, darüber hinaus wurden noch eine Reihe von Forderungen betr. Überstunden, Ferien usw. erhoben. Die Dresdener Elektromonteur haben gestern vormittag eine außerordentlich stark besuchte Brandensversammlung abgehalten. In dieser Versammlung wurde einstimmig beschlossen, für heute früh in den wichtigsten Betrieben die Arbeit niederzuliegen. Heute morgen traten in den Streik die Firmen AGG, Siemens-Schubert-Werke, Siemens-Halle, Briteg und Böschmann. Diese Firmen gehören dem „Bald“ an. Diese Organisation lehnte die Forderungen der Elektromonteur brüsk ab. Der Streik der Elektromonteur hat große Aussicht auf Erfolg, nachdem in Dresden über 200 Firmen, die einer Innung angehören, einen wesentlichen Teil der Forderungen der Elektromonteur bereits bewilligt haben und bereit waren, in weiteren Forderungen den Elektromonteur entgegenzukommen. Der „Bald“ hat den Schlichtungsausschuß angerufen, der Mittwoch tagen wird.

## Der Schiedspruch in der rheinischen Textilindustrie abgelehnt

Berlin, 14. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag fand in Barmen eine Funktionärkonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den rechtsrheinischen Bezirk statt, die zu dem am Freitag gefällten Schiedspruch Stellung nahm. Der Schiedspruch hat unter den kämpfenden Textilarbeitern eine ungeheure Erbitterung erregt. Angesichts der Stellung der Funktionäre zu der Verbandsführung wagten die Bureauführer nicht, den Schiedspruch zur Annahme zu empfehlen. Der Schiedspruch wurde dann auch einstimmig abgelehnt. In der Diskussion verlangten sogar sozialdemokratische Funktionäre, daß weiter gekämpft werden muß, auch wenn der Schiedspruch verbindlich erklärt wird. Am Sonntag nachmittag hatte der Schlichter die Parteien nochmals zu Verhandlungen geladen. Die Gewerkschaftsinstanzen äußerten

sich zu den Funktionären nicht, wie sie sich dort verhalten werden. Da aber die Unternehmer bereits die Aussperrung aufgehoben haben, ist beklümmert mit einer Verbindung der Textilarbeiter zu rechnen und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden dann natürlich den Abbruch des Kampfes proklamieren. Sie sind nicht bereit, die bisher ausgesperrten in den Streik einzubeziehen. Am Montag früh wurden in allen Betrieben Betriebsratsversammlungen abgehalten, die zum Schiedspruch Stellung nahmen und wahrscheinlich Fortsetzung des Kampfes beschließen werden, da die Stimmung überall kampfgewirkt ist.

Der am Freitag für die rechtsrheinische Textilindustrie gefällte Schiedspruch sieht eine Erhöhung des Lohnabkommens vom 4. Januar 1927 um 10,5 Prozent vor. Die Zeitlöhne sollen für die Arbeiter 65 Pf. und für Arbeiterinnen 50 Pf. pro Stunde betragen. Das Abkommen, das die 51 Stundenwoche vorsieht, soll bis zum 28. Dezember 1928 Gültigkeit besitzen. Der Schiedspruch, der 2 Pf. mehr vorsieht als die Unternehmer angeboten hatten, wurde einstimmig gefällig. Diese Tatsache beweist, daß die Reformisten, nachdem die Unternehmer die Aussperrung aufgehoben haben, alles daran setzen werden, den Kampf zu beenden und die Fortführung des Streikes unmöglich zu machen.

## Lohnkampf in der nordböhmisches Textilindustrie

Reichenberg, Böhmen, 11. November.

Heute sind im Zusammenhange mit dem Lohnkonflikte in der nordböhmisches Textilindustrie die Arbeiter des Friedländer Bezirkes mit wenigen Ausnahmen in den Streik getreten. Es handelt sich um ein Gebiet, das ungefähr 7000 Textilarbeiter beschäftigt. Die nordböhmisches Arbeiter haben eine Lohnforderung von 15 Prozent gestellt, während die Unternehmer eine Teuerungsausgleich von einer lächerlichen Höhe bieten wollten. Dieses Angebot, das die Unternehmer in den Betrieben durch Anschläge bekannt machten, haben in der Arbeiterschaft ungeheure Empörung ausgelöst, so daß die gesamte Arbeiterschaft des Friedländer Bezirkes spontan beschlossen hat, ab heute in den Streik zu treten.

## Die Unzufriedenheiten

Starke Wahlbeteiligung — Wahlprotest in Berlin

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung in Berlin wurden fast dreimal so viel Stimmen abgegeben, wie bei den letzten Wahlen 1921. Ergebnisse liegen noch nicht vor, da die Auszählung drei Tage dauern wird. Im Jahre 1921 wurden insgesamt 53 140 Stimmen abgegeben, wovon 21 550 Stimmen auf den Afabund und 31 048 Stimmen auf die bürgerlichen Listen entfielen. Dieses Mal wurden rund 140 000 Stimmen abgegeben. In einzelnen Bezirken kam es zu großen Wahlhandalen. Die Wahllokale reichten bei weitem nicht aus. Die Listenführer liefen wegen des großen Andranges davon. Wahlumschläge waren nicht genügend vorhanden. Hunderte von Angestellten mußten auf der Straße Schlange stehen und wieder umkehren, ohne gewählt zu haben. Überall sind Wahlproteste eingelaufen, die wahrscheinlich in den betreffenden Bezirken zur Ungültigkeitserklärung führen werden.

Auch aus den übrigen Teilen des Reiches wird eine allgemeine starke Wahlbeteiligung gemeldet. In München wurden 17 000 Wähler gegen 8000 bei der letzten Wahl gezählt. In Hamburg, wo die Wahlen auch heute morgen noch stattfinden, wurden bereits gestern 27 600 Stimmen abgegeben, während bei der vorigen Wahl nur insgesamt etwa 14 400 Wähler an die Urne gingen.

Auch in Dresden war die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Wahl bedeutend stärker. In den Wahllokalen herrschte überall harter Andrang. Ein Ergebnis liegt heute morgen noch nicht vor.

In Preital haben die Listen des Afabundes einen glatten Sieg über den deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und den Gewerkschaftsbund der Angestellten davongetragen. Die Liste des Afab. erhielt 276, der dem Afabund angeschlossene Werkmeisterverband 158, während der DFB nur 240 und der nur 109 Stimmen auf sich vereinen konnte.

## Vorläufiges Ergebnis von Berlin

14. Berlin, 14. November. Die im Hauptauschuß vereinigten Angestelltenverbände haben nach vorläufiger Schätzung in 121 Wahlbezirken bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung bisher 318 Vertrauensmänner und 587 Erfahrmänner zu verzeichnen. Auf den deutschnationalen Handlungsgehilfenverband entfallen davon allein 171 Vertrauensmänner und 293 Erfahrmänner. Die im Afab-Bund zusammengeschlossenen Angestelltenverbände haben nach den bisherigen Feststellungen in den entsprechenden Bezirken 39 Vertrauensmänner und 113 Erfahrmänner zu verzeichnen. Bei den Splittergruppen sind dementsprechend 6 Vertrauensmänner und 19 Erfahrmänner gewählt worden.

## Die englische Regierung muß vor der UGBN zurückweichen

London, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Handelskammer von Bradford veröffentlichte eine Erklärung, daß sie bei dem englischen Innenminister energische Proteste wegen der Störung aller Geschäfte der Wollländer und Textilindustrie, für die Bradford das Zentrum ist, erhoben habe. Daraufhin mußte der englische Innenminister eine bindende Erklärung abgeben, daß in Zukunft wiederum die Vertreter des staatlichen Außenhandelskommissariats der Sowjetunion Aufstellungsverhandlungen in England bis auf die Dauer von sechs Monaten gegeben wird, damit im Interesse der englischen Firmen die völlige Unterbindung des englisch-russischen Wolllandels vermieden wird.

## Vom Tage

Mißglückter Startversuch von D 1220 — Das Flugzeug zerstört?

Neuport. (Telunion.) Nach noch unbestätigten Meldungen aus Horta, auf den Azoren, soll das Heinkelflugzeug D 1220 bei einem mißglückten Start vollkommen zerstört worden sein. Die Besatzung sei unverletzt geblieben. Von den Heinkelwerken konnte eine Bestätigung dieser Meldung bisher noch nicht erlangt werden.

Horta. (Telunion.) Wie ergänzend aus Horta gemeldet wird, erfolgte der mißglückte Start des D 1220 bei Mondlicht und Südwind, in dem Augenblick, als das Flugzeug sich vom Wasser abhob, wurde der Besatzung an der rechten Tragfläche von einer Welle erfasst, wodurch das Flugzeug sich überschlug. Die Besatzung wurde durch ein sofort herbeigeeiltes Motorboot gerettet. Das Flugzeug ist völlig flugunfähig.

Orkanartiger Sturm und Schneefall in Norddänemark. 14. Kopenhagen, 13. November. Ganz Nordjütland ist von einem orkanartigen Sturm verbunden mit starkem Schneefall, heimgesucht worden. Der Schnee liegt stellenweise auf den Bergen einen Meter hoch. Der Exportdampfer Diana ist an der Mündung des Limfjords im Schneestöber auf Grund aufgelaufen.

tie entlarven. Deswegen schreiben sie: agitiert nicht für den Klassenkampf, sonst kommt der Faschismus. Neben der oben von uns geschilderten Possen, die diese lächerlichen Sozialdemokraten den Arbeitern empfehlen, zeigen sie damit ihren vollständigen Ungelauben an die Kraft der Arbeiter. Sie glauben nicht, daß das Proletariat jemals siegen könne, deswegen, weil sie den künftigen Sieg des Faschismus voraussehen, stehen sie dem revolutionären Kampf feindselig gegenüber. Können aber die Arbeiter solchen Führern Vertrauen schenken, kann ein Arbeiter, der wirklich die soziale Revolution will, diesen Führern folgen? Nein und abermals nein!

Zur weiteren Begründung, daß der Faschismus ein „Kind des Bolschewismus“ ist, erklärt die Volkszeitung: „Die sinnlosen kommunikativen Fabrikbesetzungen im Jahre 1921, die starke marxistische Ablehnung jeder Koalitionspolitik 1922, das sind zwei der wichtigsten Ursachen des Sieges des Faschismus vor 5 Jahren.“ Ein wenig viel Spekulation auf die Dummheit oder das Unwissen der Leser, wer Herr von der Volkszeitung. Diese Betriebsbesetzungen waren der Ausdruck des hochgespannten revolutionären Kampfwillens der Arbeiter, der sich jedoch ausbrückte in syndikalistischer Unklarheit.

Die kommunistische Partei war damals sehr schwach, die zentristische Gruppe der SPD schwankte. Die SPD-Führer aber verteilten den Kampfwillen der Arbeiter. Das war die Ursache zum Faschistensieg, weil die junge KPD es noch nicht verstand, den Willen der Arbeiter konkret auf den Kampf um die Macht abzustellen. Die sozialdemokratischen Führer Italiens verteilten das Proletariat. Wir sind bereit, mit mehr Daten zu dienen, wenn man sich mit dieser Feststellung nicht zufrieden gibt. Dann aber, wenn wir auch dauernd konstatieren müssen, daß den SPD-Führern, auch den lächerlichen, der Mut zum Kampf fehlt, so muß man doch das müßige Eintreten für die Koalitionspolitik bewundern. Wirklich: man muß den Mut bewundern, mit dem diese „Linken“ hier erklären, sie lehnen die Koalition ab, in Italien aber sei die Ablehnung Schuld am Faschismus. Meine Herren von der Volkszeitung: Sie haben wohl vergessen, daß Ihnen Herr Betsche oder einer der Demokraten alle paar Tage, wenn Sie sich über einen weiteren reaktionären Vorstoß beklagen, erklärt: daran sei Ihre Abstinenzpolitik schuld. Sie sollen sich doch an der lächerlichen Regierung beteiligen. Wirklich: wir bewundern Ihren Mut, mit dem Sie die Arbeiter verwirren und betrügen. Aber noch mehr: Sie haben in Deutschland jahrelang Koalitionspolitik getrieben, der Erfolg ist der Bürgerkrieg mit all seiner brutalen Unterdrückung der Arbeiter. Ihre gesamte Koalitionspolitik war und ist eine einzige Meile für das Proletariat. Sie aber wagen, diese Politik den Arbeitern als Mittelmittel anzupreisen. Nun, wir will scheinen, daß die Arbeiter verstehen werden, daß Sie zu einer sehr gefährlichen Sorte Kurpfulker gehören. Auf Ihre weiteren Mandrier werde ich in einem weiteren Artikel eingehen.

## Trüffelige sozialdemokratische Kundgebung in Oesterreich

Die Note Rahne beschlagnahm!

Wien, den 12. November 1927.

Anläßlich des Nationalfeiertags am 9. Jahrestag der Ausrufung der österreichischen Republik haben die österreichischen Sozialdemokraten versucht, die Arbeiterschaft zu einer großen Demonstration zu mobilisieren. Sie haben mit diesem Versuch einen Mißerfolg erlitten. Die Demonstration war wesentlich schwächer als über ihre Massenfundgebungen in früheren Jahren. Es konnte insbesondere festgestellt werden, daß die Arbeiter in außerordentlich schlechter Stimmung an der Demonstration teilnahmen. Die Forderungen der Kundgebung waren durchaus im Sinne der Kennerischen Koalitionspolitik für den Klassenfrieden und gegen jeden Versuch der entschlossenen Organisierung des Widerstandes der Arbeiter.

Die heutige Note Rahne wurde beschlagnahm. Die Beschlagnahme war offenbar bereits längere Zeit vorbereitet, weil alle Maßnahmen getroffen waren, um auch die Verbreitung einzelner Nummern zu verhindern. Sie erfolgte wegen jener Stellen, in denen der bürgerliche Charakter der Republik festgelegt war.

## Werttätigen Schule

Marxistischer Zirkel

Mittwoch, 19.30 Uhr im alten Stadtverordneten-saal, Sandhausstraße,

306 und Handelsverträge als imperialistische Kriegsinstrumente. Lehrer: Schriftleiter Willy Schneider.

Die Bezirksleitung der KPD empfiehlt den Stadtteil- und Zellenleitern die Teilnahme an diesem Kursabend.